

# Vossener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 878.

Dienstag, 15. Dezember

(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

## Telegraphische Nachrichten.

**Leipzig, 14. Dezember.** Das Königl. sächsische Ministerium der Justiz hat verordnet, daß von Anfang des nächsten Jahres an ausschließlich eine Zusammenstellung der im Laufe der vorhergegangenen Woche erfolgten Eintragungen in die Handelsregister des Königreichs Sachsen durch das Zentral-Handelsregister für das Deutsche Reich veröffentlicht werde.

**Wien, 14. Dezember.** Das Abgeordnetenhaus beendigte in seiner heutigen Sitzung die Beratung des Budgets für das Jahr 1875 und nahm sämtliche Ausschüsse an. Der Resolutionsantrag, daß bei der Festsetzung der gemeinsamen Erfordernisse der Finanzlage des Landes Rechnung getragen werde, wurde dem Budgetausschuß überwiesen. Im Laufe der Debatte gab der Finanzminister die Erklärung ab, daß die Herstellung der Valuta zu den ersten Aufgaben der Regierung gehöre.

**Bahonne, 14. Dezember.** Nach einer heute hier eingetroffenen Meldung aus St. Sebastian ist die Nachricht, daß der General Loma seinen bei Urdia empfangenen Wunden erlegen sei, unbegründet. Der General befindet sich vielmehr auf dem Wege der Besserung.

**Rom, 14. Dezember.** Bei Beratung des Einnahmebudgets für das Jahr 1875 entspann sich in der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer eine längere Debatte über eine von dem Abgeordneten Sorrentino beantragte Tagesordnung, in welcher dem Finanzminister Minghetti zum Vorwurf gemacht wurde, daß er in der Verordnung über die Erhebung der Maßsteuer einige Bestimmungen des Maßsteuergesetzes verletzt habe. Minghetti nahm dies durchaus in Abrede, war aber mit der Bormahme einer näheren Prüfung der Verordnung einverstanden und erklärte im Uebrigen, daß er nur folgende Tagesordnung: „Die Kammer nimmt von der Erklärung des Finanzministers Akt und geht zur Tagesordnung über“, acceptiren könne. Letztere Tagesordnung wurde darauf mit 188 gegen 145 Stimmen angenommen.

**London, 14. Dezember.** In den Kohlenbezirken von Newbley und Deanforest (Grafschaft Lancashire) steht eine allgemeine Arbeitseinstellung seitens der Grubenarbeiter bevor. — Ein Telegramm der „Daily News“ aus Kalkutta vom heutigen Tage meldet, daß Dalak Khan, nachdem die Differenzen mit seinem Vater jetzt völlig beigelegt sind, von letzterem wieder in Freiheit gesetzt und nach Herat auf seinen Gouvernementsposten zurückgekehrt ist. — Der Vertreter Berns bei der deutschen und der russischen Regierung ist in Plymouth eingetroffen. Nach hier eingegangenen Mittheilungen aus Valparaiso vom 1. d. hat die Deputiertenkammer von Chili ein Gesetz angenommen, welches die Ausführung von Anordnungen der päpstlichen Kurie, falls dieselben eine Gefahr für die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes enthalten sollten, mit Gefängnißstrafe bedroht. Das von dem Senat verworfene Gesetz, betreffend die Einschränkung der Befugnisse der Geistlichen ist von der Deputiertenkammer ebenfalls mit 58 gegen 29 Stimmen angenommen worden. — Aus Panama wird gemeldet, daß die Regierungen von Honduras und San Salvador die Ueber-einkunft geschlossen haben, sich gegenseitig zu unterstützen, um der ultramontanen Partei entgegenzutreten. Die Regierung von Guatemala ist eingeladen, sich dieser Vereinbarung anzuschließen.

**Konstantinopel, 14. Dezember.** Ali Pascha ist an Stelle von Abdul Kerim Pascha zum Kaimakan (Stellvertreter) des Kriegsministers ernannt worden.

## Prozeß Arnim.

### Fünfte Sitzung.

Berlin, 14. Dezember.

Ueber die am Sonnabend Nachmittag stattgehabte geheime Sitzung wird noch Folgendes bekannt: Zunächst wurden die inkriminirten sechs kirchenpolitischen Aktenstücke verlesen. Darauf hielt Graf Harry Arnim eine längere Rede, in der er die Gründe auseinandersetzte, weshalb er die betreffenden Aktenstücke nicht im Pariser Hofschaffothel belassen, vielmehr an das auswärtige Amt habe zurückgeben wollen. Der Staatsanwalt replizierte kurz; worauf Seitens der Verteidigung der Nachweis zu liefern gesucht wurde, daß Herr Staatsanwalt Tessenborn den Inhalt der Akten nicht genau zu kennen scheine und seine Deduktionen deshalb auf Irrthum beruhten. Die geheime Sitzung dauerte zwei Stunden.

Die heutige öffentliche Sitzung des Gerichtshofes eröffnete der Präsident Stadtgerichtsdirektor Reich um 10½ Uhr mit der Verlesung der Artikel 254 und 255 des Code Napoléon, nachdem auf Antrag des Staatsanwalts konstatiert worden, daß dieselben in Frankreich noch Gesetzeskraft haben.

Verteidiger Dr. Dohrn: In einigen Zeitungsberichten sei eine Aeußerung von ihm über Herrn v. Holstein dahin aufgefaßt worden, als sei derselbe zur Ueberwachung des Angeklagten angestellt gewesen; das sei irrtümlich, Herr v. Holstein habe nur hinter dem Rücken seitens Vorgesetzten auf eigene Hand an das auswärtige Amt Bericht erstattet und damit den Konflikt zwischen Hofschaffothel und Reichskanzler vergrößert, wäter aber den Grafen um Verzeihung gebeten. Den Schlüssel zum Archiv habe er geholt, ohne daß behauptet werden könne, er habe Schriftstücke aus demselben entnommen.

Zeuge Hofschaffothel v. Holstein bestreitet die Abwendung eigener Berichte; er habe nur mit verschiedenen Herren in Berlin korrespondirt, einen Widerspruch zwischen Reichskanzler und Hofschaffothel habe er erst nach dem September 1870 zu bemerken geglaubt, wie auch sein (des Zeugen) Verhältnis zum Angeklagten ein ganz normales war. Freilich — fährt er fort — habe ich schon im Jahre 1871 bemerkt, daß die Ansichten des Hofschaffothels von denen des Reichskanzlers durchaus abweichen und ich empfand den Eindruck, daß der Zwist ein Resultat darüber herbeiführen sollte, wer in Zukunft die Politik des deutschen Reiches zu leiten haben sollte. Nach meiner Ansicht war die Politik des Angeklagten keine glückliche, was ich auch mehreren Bekannten mittheilte, und bot ich deshalb dem Grafen an, um meine Verzeihung

nachzuholen. Im Dezember erhielt der Graf die Nachricht, daß der Reichskanzler immer noch an seinen Ansichten festhalte, doch fuhr der Angeklagte in seinen Berichterstattungen ganz in der früheren Weise fort; die naturgemäße Folge war ein sehr unangenehmer Erlaß aus Berlin. Später habe ich allerdings gefühllos dahin gestrebt, mit dem Angeklagten in ein weniger nahe Verhältnis zu treten, als unfer trüberes war. Hierzu wurde ich hauptsächlich bestimmt durch die Aeußerungen, welche ich im auswärtigen Amt über den Angeklagten gehört hatte. Mitte Oktober vorigen Jahres erzählte man mir, der Hofschaffothel hätte dem Herrn Beckmann gesagt, ich werde meinen Abschied niemals nehmen, geben wird man ihn mir auch nicht, zur Disposition wird man mich auch nicht stellen, denn ich hätte allerlei Schwierigkeiten hinter mir, deren Veröffentlichung dem Fürsten Bismarck unangenehm wäre. Diese Aeußerung hat Beckmann gegen verschiedene Mitglieder der Hofschaffothel gemacht. Seit Mitte Oktober habe ich mit dem Angeklagten in feinerer Ver-kehr gestanden. Jedenfalls kann man nicht sagen, daß ich mich eingeschlichen habe. Im Dezember 1873 kam eines Tages Dr. Landberg zu mir und sagte mir, daß er soeben beim Grafen Arnim gewesen sei, derselbe habe ihm gesagt, Bismarck wünsche den Krieg. — Es war dies um die Zeit, als die französischen Girtenbriefe eine gewisse Unruhe hervorriefen. Ich schrieb darauf einen Brief, mit der Bete, daß er dem Reichskanzler vorgelegt werden möchte, und erbatte darin das mir von Dr. Landberg Mitgetheilte. Es ist entschieden unrichtig, wenn der Angeklagte behauptet, daß ich durch mein Verhalten ihm geschadet; hat Jemand durch mein Verhalten Nachtheil gehabt, so kann dies nur der Reichskanzler gehabt haben, nicht der Angeklagte. Von meinen späteren Briefen habe ich keinen an den Reichskanzler direkt geschickt, doch ist es möglich, daß Briefe von dem Reichskanzler vorgelegt sind, was ich jedoch nicht weiß. — So weit ich dies ermitteln konnte, ist keiner meiner späteren Briefe zur Kenntnis des Reichskanzlers gekommen. Den Schlüssel zum Archiv habe ich allerdings hierselbst gehabt, doch verleihe ich, daß ich ihn nie zur Entwendung von Aktenstücken mißbraucht habe. Der Artikel im „Echo du Parlement“ ist vom Reichskanzler nicht als vom Angeklagten ausgehend bezeichnet. Der Präsident läßt demnach eine Erklärung verlesen, welche der Stadtgerichtsrath Pescatore zu den Akten sendend hat, und in welcher dieser sich gegen die Angriffe der Verteidigung auf das Verfahren in der Voruntersuchung verwahrt und namentlich anführt, daß der Einwand der Inkompetenz vom Angeklagten ausdrücklich abgelehnt worden. Auch sei nach Möglichkeit darauf Rücksicht genommen, daß der Graf während seiner Haft der zulässigen Bequemlichkeiten nicht entbehre. Nach einer unwesentlichen Einwendung des Vorsitzenden erklärt der Rechtsanwalt Dunkel, daß allerdings der persönliche Verkehr des Angeklagten mit seiner Familie sehr beschränkt gewesen sei.

Der Präsident konstatiert ebenfalls, daß altentmögliche Festsetzungen und zwar durch Befragung des Untersuchungsrichters, daß der Verkehr des Angeklagten mit seiner Familie möglichst zu beschränken sei. Es beginnt nunmehr die Plaidoyer.

Staatsanwalt Tessenborn: Es ist mir überaus angenehm, daß ich endlich in dieser berühmten Sache, in dieser sogenannten cause célèbre öffentlich zum Worte komme. Es genügt mir dies eine sehr große Erleichterung. Verliert in die Sache, das läßt sich nicht bestreiten; aber meines Erachtens viel berühmter, als sie es verdient. Freilich ist es freilich, worauf denn die Verliert, die Gelehrtheit dieser Sache hauptsächlich zurückzuführen ist, auf das Aufsehen darüber, daß ein Hofschaffothel, einer der höchsten Beamten des deutschen Reiches, wie ein gewöhnlicher Mann die Gesetze der Strafgesetze jenes Landes verletzt hat, oder auf das Aufsehen darüber, daß, wenn und weil ein so hochgeachteter Mann die Strafgesetze seines Landes verletzt hat, er ebenso wie ein gewöhnlicher Mann verhaftet und vor die Schranken des ordentlichen Gerichtes gestellt wird. Ich hatte nicht die Absicht, meinem Plaidoyer in der Sache noch eine längere Einleitung voranzugehen zu lassen. Ich bin kein Freund davon, meinen Plaidoyers lange Einleitungen vorauszuschicken; jedoch der Zwischenfall, der mir in Aussicht steht, von Seiten der Herren Verteidiger weiteren Angriffen entgegenzusetzen, veranlaßt mich, daß einige Worte vorweg zu bemerken. Die man die Kompetenz des Gerichtshofes angegriffen und Vorwürfe hergeleitet hat gegen den Gerichtshof und meine Person, so vermute ich, daß die Herren Verteidiger auch die Verhaftung des Angeklagten zum Gegenstand der Erörterung machen und nach dieser Richtung hin Angriffe gegen meine Person und gegen den Gerichtshof richten werden. Ich habe darüber Folgendes zu bemerken: Als ich auf Grund der Anklageschrift des auswärtigen Amtes den Antrag auf Verhaftung des ehemaligen Hofschaffothels Grafen Arnim und auf Abhaltung einer Hausdurchsuchung bei ihm stellte, war ich mir der Tragweite meiner Handlung vollständig bewußt. Es ist mir aber diese Verhaftung nicht viel schwerer geworden als andere. Wie mir überhaupt Verhaftungen, die mir durch das Gesetz und durch mein Gewissen, soweit ich ein solches habe (Heiterkeit), auferlegt sind, niemals besondere Bedenken verursachen. Das Gericht hat beschlossen meinem Antrage nachzukommen, nicht der Herr Untersuchungsrichter, sondern der Herr. Die weiteren Angriffe gegen die Gesetzmäßigkeit der Verhaftung werden somit gegen die Kammer zu richten sein, das glaube ich wohl nicht, daß Sie, meine Herren Verteidiger, ausführen würden, das Gericht beschloß die Verhaftung, weil der Staatsanwalt sie beantragte hatte. Nun, das Gericht beschloß die Verhaftung. Ich mußte vorher, daß dieselbe ungewöhnliches Aufsehen erregen würde; das mußte ich freilich nicht, daß sie ein solches erregen würde, wie sie es in der That gethan hat. Wenn die Nachricht aus Massenbeide etwa dahin gelaute hätte, „heute ist bei dem ehemaligen Hofschaffothel durch die bewaffnete Macht — d. h. durch die Ausdrücke sind ja von der Presse angewendet worden — mit großer Orientierung eine Hausdurchsuchung abgehalten worden. Man beschuldigt den Grafen, nicht bloß sechs Privatbriefe vom Fürsten Bismarck, sondern etwa vier Dutzend Staatsbeurtheilungen von der allerhöchsten Bedeutung sich rechtswidrig zugeeignet und unter Gefährdung des Staatswohl bei Seite geschafft zu haben“ — so würden wohl dieselben Blätter, die damals am meisten über die Verhaftung geschrieben haben, die Schlussbemerkung eingeschoben haben — ich stelle mich auf den Standpunkt eines Vertreters der Presse — hat wirklich der Graf das gethan, was man ihm vorwirft, daß er 50 Depeschen aus dem Archiv entnahm und unterschlug, hat man eine Hausdurchsuchung deswegen ohne Erfolg bei ihm abgehalten und ihn nicht selbst verhaftet, so zeigt auch das wieder, daß der Grundfals der Gleichheit Aller vor dem Gesetze bei uns in Preußen noch nicht ganz zur Geltung gelangt ist. Nehmen wir aber nun folgenden Fall an: Nicht der Hofschaffothel, sondern ein Kanzleidiener oder irgend ein Rezipienten-Beamter aus dem Ministerium oder irgend einer anderen Behörde eignet sich ein halbes Hundert Depeschen an mit der Absicht, sie zu gebrauchen, sie dem Staate zu entziehen; der Mann wird verhaftet, verurtheilt, vielleicht zu mehrjährigem Gefängnis — ich glaube, es würde sich nicht eine Stimme in der Presse erheben, welche die Gesetzmäßigkeit des Verfahrens be-

streiten würde, ich glaube im Gegentheil man würde sagen, das ist ganz in der Ordnung, wohin soll das führen, wenn das Staatswohl davon abhängt, daß die wichtigsten Depeschen einem Unterbeamten zur Disposition stehen? Ja, das ist freilich nur ein Kanzleidiener, und hier haben wir es mit einem Hofschaffothel zu thun. Ich konstatire auch, daß nach dem Bekanntwerden der Thatfache, daß es sich um Unterschlagung von nur fünfzig Staatsdepeschen handle, daß eine Enttarnung darüber sich kund gab. Man schien angenommen zu haben, daß ein Hofschaffothel wenigstens zu Hochverrath oder Landesverrath prädestinirt sei, Depeschen zu unterschlagen. Das ist vielleicht in den untern Kreisen meist üblich und nicht erlaubt, aber ein Hofschaffothel? Die Presse scheint damals gedacht zu haben: Diplomaten haben vielleicht überhaupt nicht ganz präzise Begriffe von manchen Sachen; ein Hofschaffothel hat seine berechtigten Eigenheiten und dazu gehört auch, daß er die wichtigsten Staatsdepeschen, besonders wenn sie Konflikte betreffen, als gute Preise erkaufte und sie zu seinen Personal- und Konflikts-Akten legt. Daß die Presse — ich konstatire, daß die einheimische Presse mit wenigen Ausnahmen eine anerkennenswerthe und referirte Stellung einnahm — besonders im Auslande, daß namentlich diejenigen Vorgänge des Auslandes, zu welchen der Graf nachweislich Beziehungen suchte und fand, so schreiben, hat mir nicht getrennt, dagegen ist mir eine sehr bedeutende, daß an hervorragender Stelle (im Reichstage) eine Stimme sich erhoben hat, um das hier stattgehabte Verfahren zu kritisiren. Es hat ein Herr (Abgeordneter Windthorst) in einer Rede, nachdem er eine grausame Erählung von allerlei widerrechtlichen Verfahren angeführt hat, um die anscheinend immer mehr zunehmende Rechtsunklarheit zu lemmen, darauf aufmerksam gemacht, daß man nicht bloß mit den Sozial-Demokraten geschwätzig verfahren und resistenten Geistliche schaarweise einperren, sondern daß jetzt auch Hofschaffothel nicht mehr sicher wären. Wogegen denn? Gegen das Gesetz? Das kann doch wohl nicht gemeint sein; also doch nur gegen widerrechtliche Verfassungen. Ich finde das Urtheil sehr bedenklich. Es kann vielleicht erwidert werden, das gehört nicht hier her. Es gehört aber hier her, daß, wenn man an einem Orte, wo ich nicht sprechen kann, mein Verfahren beklagt, daß ich mich gegen veraltete Angriffe vertheidige. Ich glaube kaum, daß die bevorstehende Gefangennahme, indem sie die Gründe, welche eine Verhaftung begründen, milder, Vorschriften enthalten wird, welche — um die Zusammenstellung beizubehalten — die Sozialdemokraten, die resistenten Geistlichen und die Hofschaffothel von der Verhaftung erlimmen. So lange wir das alte Gesetz haben, verfahren wir nach demselben. Und es ist ein alter preussischer Grundsatz, daß Alle vor dem Gesetze gleich sind; der Hofschaffothel wie der Arbeitermann. Was die gesetzlichen Gründe der Verhaftung des Angeklagten anbelangt, so habe ich sie in der Anklageschrift niedergelegt; die preussische Kriminalordnung bestimmt, daß, wenn die Strafe voraussichtlich mehr als ein Jahr beträgt, daß dann die Verhaftung statthaft ist. Ich habe diesen Fall angenommen. Ferner schreibt dieselbe vor, daß Personen zu verhaften sind, welche, wenn sie in Freiheit verblieben, den Thatbestand verhandeln könnten und diese Befürchtung war begründet. Wenn Einwirkungen auf Zeugen versucht sind, so nenne ich das eine Einwirkung. Wenn die Gerichtspersonen auf ihren Reffen nach Paris begleitet und beschattet werden, wenn Zeugen befragt werden, ob und wie sie aussagen werden, wenn man einen Angehörigen in das Zeugniszimmer schickt, so ist das ein Versuch zur Verhinderung des Thatbestandes und wenn ich auch diesen Versuch dem Angeklagten nicht direkt zur Last lege, so waren doch seine Angehörigen daran betheiligt. Es war in Betreff des Angeklagten zu befürchten, daß seine hohe Stellung ihm die Mittel gewähren würde, nach dieser Seite hin auf die Nachspionage nachtheilig einzuwirken.

Ich komme jetzt zur Sache. Ich werde folgende Eintheilung meinem Plaidoyer zu Grunde legen. Ich werde erst untersuchen, was hat der Angeklagte gethan? Ich werde zweitens erörtern, wie charakterisirt sich das, was er gethan hat, vor dem Gesetz? Drittens werde ich untersuchen, wie ist die That des Angeklagten, die gesetzlich strafbar ist, zu ahnden, d. h. mit welchem Strafmaß? Was hat der Angeklagte gethan. Die Anklage beschuldigt ihn, Schriftstücke, amtliche Schriftstücke, Urkunden vorfälschlich bei Seite geschafft und unterschlagen zu haben. Die Schriftstücke sind von der Anklage — und ich kann diese Eintheilung nur als vollständig logisch beibehalten — in drei Serien zerlegt. Die erste umfaßt diejenigen Schriftstücke, die der Angeklagte geständig mitgenommen und die nachher zurückgegeben worden sind, indem der Angeklagte behauptet, daß es nicht seine Absicht gewesen sei, dieselben zu behalten. Die zweite Serie enthält diejenigen Schriftstücke, die der Angeklagte geständig mitgenommen, lange Zeit hinter sich gehalten und als sein privates Eigentum in Anspruch genommen hat. Die dritte Serie umfaßt diejenigen Schriftstücke, die noch fehlen, und von denen der Angeklagte früher sagte, er wüßte nicht, wo sie wären.

Was nun die erste Serie dieser Schriftstücke anbetrifft, so will ich hierbei über den Punkt: „was sind amtliche Schriftstücke?“ mich noch gar nicht äußern, weil der Angeklagte und voraussichtlich die Verteidigung zugeben werden, daß die 13 Erlasse, die kirchenpolitischen Fragen betreffend, nicht dem Angeklagten, sondern dem auswärtigen Amte gehörten. Anlaß, eine Recherche anzustellen nach dem Verbleib von Schriftstücken, gab ein Brief des Fürsten v. Hohenlohe. Der Hofschaffothel wollte sich über politische Angelegenheiten informieren und war der Meinung, daß er nicht die Personalakten des Angeklagten einzufordern hätte, sondern im Archiv der Hofschaffothel nach den betreffenden Schriftstücken suchen werden müßte. Im Archiv der Hofschaffothel zeigte sich zunächst nur eine kleine Lücke. Es fehlten drei oder vier Erlasse, demnach mehr und jetzt haben wir es mit 13 Berichten und Erlässen zu thun. Ueber den Inhalt der Berichte und Erlasse kann ich hier nicht sprechen. Es ist darüber in geheimer Sitzung gesprochen worden; sollten die Ausführungen der Herren Verteidiger dahin führen, auf den Inhalt der Schriftstücke zurückzukommen, so werden sie in geheimer Sitzung dafür zu plaidiren haben. Nachdem das auswärtige Amt Kenntnis von dem Fehlen der Schriftstücke hatte, wurde dem Angeklagten ein Erlaß zugelaufen, worin er aufgefordert wurde, sich zu erklären. Es wird nun nöthig sein, sich ganz genau zu vergegenwärtigen, was der Angeklagte schreibt und geschrieben hat, denn es ist mindestens sehr schwer verständlich in den Punkten, auf die es hauptsächlich ankommt. Aber der Erlaß, der an den Angeklagten ging, lautet dahin, ob 3 Schriftstücke da wären, ob wird derselbe gebeten, sie zurückzugeben. Was erwiderte darauf der Angeklagte? Er erwiderte etwas, was mit der Erklärung, die er zuletzt abgegeben hat, gar nicht in Einklang zu bringen ist. Seine späteren Erklärungen lauten nämlich dahin, daß er sich nicht nur in Anbetracht der Wichtigkeit der Schriftstücke berechtigt, sondern auch verpflichtet halte, dieselben nicht in das Archiv, sondern in seinen Schreibtisch legen zu müssen. Der Angeklagte sagt da ferner: Der Inhalt war ein solcher, daß ich ihn meinem Nachfolger nicht überlassen konnte, oder wenigstens Bedenken tragen mußte, dem Fürsten Hohenlohe als Katholik und Bruder eines Kardinals diese Schriftstücke wegen ihres kirchenpolitischen



Inhalts zu überlassen. Deswegen nahm ich an, sie müssen selbst gehalten werden; meine Absicht war es, sie auf dem sichersten Wege dem auswärtigen Amte zu übermitteln und demselben die Verfügung darüber zu überlassen, ob sie im auswärtigen Amte zu bleiben hätten oder dem Fürsten Hofenlohe zu übermitteln wären. Das war die Absicht des Angeklagten, wie er sich zuletzt und auch später erklärt hat. Wie lautet nun aber sein erster Brief? nämlich der Bericht auf den Erlass, worin er aufgefordert wird, die Schriftstücke zurückzugeben. Es heißt da: „In Erwiderung auf das Schreiben vom 15. erlaube ich mir zu bemerken, daß die vorhandenen Schriftstücke nicht zu den Akten der Botschaft gehören.“ Wozu gehören sie denn aber sonst? Zu den Personalakten des Angeklagten doch auch nicht. Sie beziehen sich auf Konversationen mit Herrn Thiers, die den Charakter eines vertraulichen Gesprächs hatten. Ich meine, wenn es die Absicht des Angeklagten gewesen wäre, die Schriftstücke dem auswärtigen Amte zurück zu liefern, so hätte er hinlänglich Zeit dazu gehabt. Der Angeklagte ist am 29. April von Paris abgereist und dieses Schreiben vom 19. Juni. Wenn er bis dahin die Aktenstücke vergessen hätte, hätte er doch jetzt wenigstens dem auswärtigen Amte schreiben müssen, ich habe die Schriftstücke; es sind amtliche Erlasse, ich bestreite gar nicht das Recht des auswärtigen Amtes darauf, ich habe die Übergabe nur vergessen! ich werde sie sofort schicken. Kein Wort steht davon geschrieben. „Meines Erachtens nach gehören sie nicht zu den Akten der Botschaft“, schreibt der Angeklagte. Der Angeklagte hätte schreiben müssen: ich habe sie, aber ich gebe sie zurück. Der zweite Bericht des Angeklagten lautet ganz anders als der erste Bericht. Hier sagt der Angeklagte, es ist mir nicht in den Sinn gekommen, die qu. Schriftstücke als Privat-Korrespondenz anzusehen und ihren amtlichen Charakter zu beweisen. Dann heißt es weiter: in Karlsruhe war ich durch Krankheit festgehalten und habe die beabsichtigte Zurückgabe, da ich die Aktenstücke ihrer Wichtigkeit wegen der Post nicht anvertrauen wollte, bisher nicht bewerkstelligen können, werde es aber sofort besorgen. — Ich bin nicht im Stande, diese beiden Schriftstücke mit einander zu vereinigen. Mindestens scheint mir dies ein ganz sonderbarer Stil. Das auswärtige Amt hat dies auch so aufgefaßt, daß in den ersten Erklärungen des Angeklagten eine Weigerung lag, die amtlichen Schriftstücke herauszugeben. Ich habe nun die Anklage aufrecht: der Angeklagte hat überhaupt nicht beabsichtigt, dem auswärtigen Amt die Schriftstücke zurückzugeben. Denn wenn man auch wirklich dem Angeklagten glauben will, daß der Inhalt der Schriftstücke ihn veranlaßt habe, dieselben nicht seinem Nachfolger, dem Fürsten Hofenlohe, als Rathshofen und Bruder eines Kardinals zu überliefern, so wäre es doch seine Pflicht gewesen, bei seinem Abgange seinem interimsistischen Nachfolger Grafen Wesdehlen zu sagen: Ich nehme hier die höchst wichtigen 13 kirchenpolitischen Erlasse aus meinem Schreibtisch, der für die fortschreitenden Aktenstücke des Archivs vertritt, mit, zu dem Zwecke, sie persönlich dem auswärtigen Amte zurückzugeben. Dem Grafen Wesdehlen gegenüber konnten hier keine Rücksichten bestehen, denn der Graf kannte ja die Dokumente; sie waren ihm während seiner Vertretung des Botschafters auf ausdrückliche Weisung des auswärtigen Amtes zugänglich gemacht worden. Der Angeklagte sagt: ich war so in der Eile, daß ich daran nicht gedacht habe. Nun wir kommen ja auf diesen Punkt noch später zurück, daß das Einpacken der Akten in Abwesenheit des Angeklagten stattgefunden hat, diese schwarze Mappe indeß hat gekündelt der Angeklagte selbst eingepackt und wenn man eine solche Mappe einpackt, so hat man sie doch in Händen und sagt sich: ich enthalte diese sehr wichtigen Schriftstücke. Man ist dann verpflichtet, dem Nachfolger im Dienste, der für die Vollständigkeit der Archive im Dienst demnach zu haften hat, zu sagen: Vermischen Sie diese Schriftstücke, so sagen Sie, ich habe sie mitgenommen. Nichts davon ist geschehen. Der Angeklagte sagt: Diese Schriftstücke packte ich in einen schwarzen Reisekoffer und mit diesem fuhr ich nach Berlin am 29. April. In Berlin blieb der Angeklagte darauf 14 Tage bis 3 Wochen. Nun meine ich, wenn man diese äußerst wichtigen Schriftstücke dem auswärtigen Amte geben will und man ist so lange in Berlin, wo sich bekanntlich das auswärtige Amt befindet, daß es dann keine Schwierigkeit geben kann, während dieser 14 Tage einen Augenblick zu gewinnen, um persönlich oder durch einen Boten diese Schriftstücke zu übergeben.

Die Vertheidigung sagt: ja Zeit war wohl, aber der Angeklagte hat nicht gewußt, daß diese Schriftstücke in dem Koffer enthalten waren. Wir kennen die Dimensionen des Koffers nicht. So meine aber: wenn der Angeklagte mit einem Koffer nach Berlin reiste, dann muß während der vierzehn Tage seines Aufenthalts ihm doch in Erinnerung kommen, daß diese Mappe darin ist und für das auswärtige Amt bestimmt ist. Wie er sagt, fährt der Angeklagte dann am 15. Mai nach Paris und nimmt den schwarzen Koffer mit der schwarzen Mappe, die die amtlichen Papiere enthielt, nach Paris mit. Des Spiritus auch nicht für die Absicht die Sachen dem auswärtigen Amte abzugeben. Verfolgen wir seine Spur weiter. „Bon Paris begiebt sich der Angeklagte, wie er sagt, und ich habe keinen Grund, daran zu zweifeln, nach Karlsruhe. Hier hält er sich nun längere Zeit auf, dann kommt der Erlass vom auswärtigen Amt mit dem Erlauche, die kirchenpolitischen Erlasse herauszugeben. Jetzt findet er sich nach seiner Behauptung in Berlin. Nun, meine ich, wenn der schwarze Reisekoffer eine so lange Reise gemacht hat; von Paris nach Berlin, dann von Berlin nach Paris und von Paris nach Karlsruhe, daß er dann doch in dieser langen Zeit von 6-7 Wochen einmal um oder ausgepackt sein muß, daß ihm dann die Mappe wieder einmal ins Gedächtnis gekommen sein muß und daß er dann aus freien Stücken sofort dem auswärtigen Amt hätte schreiben müssen, ich habe eben gefunden, daß ich die betreffenden Aktenstücke mit mir führe. Der Post mag ich sie nicht anvertrauen — denn so sagte Angeklagter — ich werde sie aber persönlich durch meinen Sohn überbringen lassen. Von alledem ist nichts geschehen. Ich meine, alle die Thatfachen, die vorliegen, ergeben ganz klar, daß der Angeklagte die Absicht hatte, diese Schriftstücke für sich zu behalten. Vielleicht hat er nicht geglaubt, daß der Fürst Hofenlohe sobald nach diesen Akten recherchieren werde. Vielleicht hat er es zunächst darauf ankommen lassen wollen, ob eine Anfrage erfolgte. Es vergingen 7 Wochen, Niemand fragte. Nun scheint der Angeklagte geglaubt zu haben, daß die Zeit erst nach Jahren eine Nachfrage erfolgen möchte, und wer haftet dann dafür?

(Schluß folgt. Wie bereits telegraphisch gemeldet, hat der Staatsanwalt 2½ Jahr Gefängnis beantragt.)

Seitens des Präsidiums wurde unter den Berichtstadien der Zeitungen nach der Verhandlung am Sonnabend folgende Publikation beiliegend, der Kompetenzfrage vertheilt:

Die Erörterung zweier für die Kompetenzfrage anscheinend präjudizierenden Vorfälle, nämlich: 1) der Frage, wo Angeklagter zur Zeit der etwa fest stehenden That seinen ordentlichen Wohnsitz hatte, und 2) der andern mit der ersten, vielleicht korrespondierenden Frage, wo für die festzustellende That das forum delicti commissi zu suchen ist und ob und in wie weit hierbei Berlin in Konkurrenz tritt, — kann und muß bis zur Erörterung und Entscheidung der Hauptsache ausgeklammert bleiben.

Für die Verhandlung ergibt sich die Kompetenz der Deputation, ohne daß es eines Eingehens auf die materielle Frage, und ohne daß es einer Erhebung des über den Wohnsitz des Angeklagten zur Zeit der Verurteilung (14 November) angelegenen Beweises bedarf, einfach und zweifellos aus formellen, äußeren Gründen.

Geht man von der seitens der Vertheidigung behaupteten Rechtskontinuität zwischen dem Voruntersuchungsrichter und dem Spruchkollegium aus, nun dann hat Angeklagter die Einrede der örtlichen Inkompetenz, — ohne daß von der seitens der Vertheidigung hervor-gehobenen exceptio oder replicatio die Rede sein kann — dadurch verloren, daß er es unterlassen hat, bei seiner ersten gerichtlichen Vernehmung deren protokolllarische Aufnahme herbeizuführen. Art. 5. Ges. vom 3. Mai 1852 läßt es unabweisbar erkennen, daß der Beschuldigte bei seiner ersten Vernehmung in der Voruntersuchung die Einrede der Inkompetenz nicht bloß anzubringen, sondern in einer Form geltend zu machen hat, daß darüber — und zwar noch während der

Voruntersuchung — im Beschwerdewege endgültig entschieden werden kann. Von Allem diesem hat Angeklagter Nichts gethan. Eine neben der materiellen Auslassung auf die Sache selbst nur mündlich abgegebene Erklärung eilet sich zu einem Laufe durch die Beschwerdeinstanz nicht. Die Kontinuität zwischen Voruntersuchungsrichter und Deputation im Sinne der Vertheilung besteht aber auch gar nicht. Es mag ja die Regel bilden, daß bei der Fällung derselben Gerichtsbescheide angeschlossen. Notwendig ist jedoch aber nicht. Die Voruntersuchung kann sehr wohl bei einer andern Gerichtsbehörde geführt sein, als derjenigen, der die Spruchdeputation angehört.

Hieraus aber folgt von selbst, daß die Deputation den Beruf hat, ihre eigene Kompetenz selbstständig zu prüfen und festzustellen. Sowie die Deputation selbst dann, wenn der Untersuchungsrichter vielleicht mit Unrecht sich für kompetent erachtet und der Beschuldigte für seine Person durch Säumnis die Einrede der Inkompetenz verloren haben sollte, nicht gezwungen ist, die ihr vom Untersuchungsrichter angefallene Erblassenschaft ohne Vorbehalt anzunehmen, vielmehr sehr wohl befugt ist, beim Beschlusse auf die Anklage von Amts wegen ihre Inkompetenz auszusprechen, so kann auf der andern Seite die Deputation ihre Kompetenz feststellen, sobald nur ihr gegenüber ein Gerichtsstand begründet ist.

Nach Art. 2 Nr. 3 des angezogenen Gesetzes ist der Gerichtsstand da begründet, wo der Beschuldigte erwischt ist, wo seine Verhaftung — überhaupt eine Verhaftung (gleichviel ob die erste, zweite oder sonst wie viele) stattgefunden hat. Der Beschuldigte ist nach seiner am 28. Oktober d. J. erfolgten Inhaftierung am 12. November d. J. hier wieder verhaftet worden, und war hier in Haft, als am 14. November die Deputation mit der Sache überhaupt erst befaßt wurde. Das Stadtgericht Berlin ist sonach allfällig forum deprehensionis. Anders vielleicht würde die Sache stehen, wenn vor dem 12. November — wie nicht der Fall — irgend ein anderes Gericht intervenirt hätte.

Das Kollegium hat also beschlossen, daß die Einrede der örtlichen Inkompetenz zu verwerfen und in die Verhandlung der Sache selbst einzutreten.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 15. Dezember.

Der Kaiser hat, wie die „Post“ hört, unmittelbar nach der Sitzung des Reichstages am Freitag an den Fürsten Bismarck ein sehr hübsches Handschreiben gerichtet, in welchem er für den Eifer dankt, mit welchem der Fürst für einige der gefährdeten Positionen des Militär-Etats eingetreten ist. Auch der König von Sachsen hat dem Fürsten Reichskanzler für sein Eingreifen bei der Resolution über die budgetmäßige Behandlung der Ausgaben für das sächsische Armeekorps (in derselben Sitzung des Reichstages) durch ein Telegramm seinen Dank ausgesprochen. Die uns gestern gemeldete Nachricht von dem Vorgang auf der letzten Sitzung beim Fürsten Bismarck bestätigt sich durch heutige Meldungen Berliner Blätter. Hiernach hat sich die Bistole Bismarck's entladen. Es hatte natürlich an jeder Vermuthung, daß die Waffe geaden sein könne, gefehlt. Glücklicherweise hat der Unfall keinerlei übl. Folgen gehabt. Fürst Bismarck nahm aus demselben bei der Abendmahlzeit Anlaß, einen launigen Toast auf den durch den Schuß zumeist bedr. gewesen Abg. Jordan, der „dem Attentat glücklich entgangen sei“ auszubringen.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 15. Dezember.

Das Bureau des Gen. d. Mag. in Posen hat durch General-Verfügung des Oberbürgermeisters Koblitz vom 11. November d. J., wie bereits früher mitgeteilt, sehr erhebliche Veränderungen erfahren, indem mit dem 1. Oktober d. J. ein fünftes Bureau für die Geschäfte des Standesamts errichtet, und sämtliche Dezerate den befohlenen 5 Magistrats-Mitgliedern übertragen worden sind. Nach dem städtischen Verwaltungsbericht pro 1873/74 vertheilen sich nunmehr die Geschäftszweige folgendermaßen:

Erstes Bureau. Die Oberaufsicht über das Bureau führt der Oberbürgermeister Koblitz. Vorkörper des Bureau: Rathsdekan, Göttsche. Geschäftszweige: Generalia, Personalia, Patronat, Statistik, gesammtes höheres und niederes Schulwesen, Verwaltung des Rathhauses und der Schulgrundstücke, repräsentative Magistratur, arch. Rathshaus-Bibliothek (Dezernent: Oberbürgermeister Koblitz); Archiv und Magistrats-Bibliothek (Dezernent: Bürgermeister Herse); Volkszählung, Wahlen (Dezernent: Stadtrath Rump); — Zweites Bureau: Die Oberaufsicht führt Stadtrath Dr. Lappe. Vorkörper des Bureau: Stadtkleider Stenkel. Geschäftszweige: Armen- und Krankenwesen, Stiftungssachen, Niederlassungen, gemeinliche und Innungen, unterstützungssachen, das Projektwesen in diesen Sachen, Verwaltung der Fonds und Grundstücke dieser Ressorts. (Dezernent: Stadtrath Dr. Lappe) — Drittes Bureau. Die Oberaufsicht führt Stadtrath Stenkel. Vorkörper des Bureau: Bureau-Assistenten-Schreiber. Geschäftszweige: Baueisen, Eisenbahnen, Relaisfahrersachen, Generalien der Gas- und Wasserwerk, Kanalisation, Feuerlöschwesen, Immobilien-Vertheilung (Dezernent: Stadtrath Stenkel); Theater (Dezernent: Bürgermeister Herse, Stadtrath Stenkel); — Viertes Bureau. Die Oberaufsicht führt: Bürgermeister Herse. Vorkörper des Bureau: Stadtschreiber Maciejewski, gleichzeitig Exponent im Dezernat der Stadtrath Rump und Dr. Lappe. Geschäftszweige: Das gesammte Kasernenwesen (Kammerer, Servis, Hund-, Polizeistraf, Spar, Pfandleih, Gas- und Wasserwerk, Gewerbe, Staatssteuer-Kasse), das gesammte Steuerwesen (Kommunal-Einkommen, Hund-, Gewerbe- und übrige Gemeinde- und Staatssteuern), Exekutionssachen, Verwaltung der nicht nach dem ersten und zweiten Bureau ressortirenden Kammerer-Grundstücke (Dezernent: Bürgermeister Herse); Statist. Militär- u. Seiwien (Dezernent: Stadtrath Dr. Lappe); das gesammte Gewerbe- und Innungswesen mit dem Vorhine in allen Innungen und mit dem aerivilischen Schiedsgericht, Markt- und Straßenverkehr, Nachwachswesen, Markhall und Straßenreinigung, Schank-Konkurrenz (Dezernent: Stadtrath Rump). Fünftes Bureau. Die Oberaufsicht führt: Stadtrath Rump. Vorkörper des Bureau: Stadtschreiber Stenkel. Geschäftszweige: das Standesamt (Dezernent: Standesbeamter Stadtrath Rump, Vertreter: Stadtrath Dr. Lappe).

Wie mitgeteilt, denunzierte der „Kurzer Pörmann“ vor Kurzem der allgemeinen Christenliebe drei Geistliche aus dem Dekanat Pulz, unter ihnen den Senior derselben, einen als Sprachforscher hochgeachteten Geistlichen, weil sie mit den königlichen Kommissarien zu ergblicher Vermögensverwaltung korrespondiren. Dieses Ver-fahren veranlaßt den „Wiars“ zu folgenden Bemerkungen:

Die Rücksichtslosigkeit unserer Ultramontanen, zumal der niederen Kreise, übersteigt alle Grenzen. Während die Anführer noch eine gewisse Nahe beobachten, zeichnet sich der Haufe der Korrespondenten der ultramontanen Blätter und der Agitatoren durch eine die Partei kompromittirende Uebertreibung aus. So hat ein Korrespondent des „Kurzer“ auf unerhöhlte Weise den hochbetagten Prosst Malinowski aus Komornit angefallen, weil dieser um seine Parodie verdient und in ach. le. Etuven vert. die Geis, welcher für eine ehrliche Politik-partei unantastbar ist, sich Geldstrafen, dem Gefängnis und der Verbannung nicht ausweichen will. Was uns anbetrifft, so haben wir nie daran gezweifelt, daß die Ultramontanen bei uns bereit sind, alles zu opfern, um uns zum Ziele zu führen, d. h. ins Verderben.

Ultramontanen Blättern zufolge sollen sich sämtliche Geistlichen der Dekanate Kosen und Schildberg verpflichtet haben, von dem „preussischen Konfessorium“, d. h. von dem königlichen Kommissarius, diese Briefe anzunehmen.

— **Preßprozeß.** Vor der Kriminalabtheilung des hiesigen Kreisgerichts stand am Sonnabend der verantwortliche Redakteur des „Kurzer Pörmann“ Ludwig Gähler, welcher zur Zeit im dortigen Gefängnis eine 14 tägige Haft wegen Preßvergehen abthut. Es handelte sich um einen Artikel: „3 ft es erlaubt, der neuen kirchlichen Administration zu gehorchen“ in welchem die königl. Staatsanwaltschaft eine Uebertretung des § 110 des Strafgesetzbuches (Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Staatsgewalt) erblickte. Der Angeklagte betonte, wie der „Kurzer“ mittheilt, unter Berufung auf die Autorität von Ferraris, daß der Artikel keineswegs zum Ungehorsam auffodere, sondern nur darauf hinweise, welches Prinzip die Kirche im vorliegenden Falle verfolge und mit welchen Strafen sie denjenigen drohe, die gegen ihre Lehre handeln. So lange die preussische Regierung die katholische Kirche anerkenne, müßte es auch den Redakteuren frei stehen, die Lehre dieser Kirche zu verkünden. Der Staatsanwalt hielt dagegen seine Anklage aufrecht, in dem er ausführte, daß der intimirte Artikel vornehmlich dazu beigetragen habe, den Widerstand der Geistlichen beider Erzdiözesen gegen die Verfügungen der königlichen Kommissare zur erbischoflichen Vermögensverwaltung hervorzuheben. Er beantragte daher gegen Herrn Gähler eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen. Der Gerichtshof schloß sich nach kurzer Berathung den Ausführungen des Staatsanwalts an und verurtheilte den Angeklagten zu 4 Wochen Gefängnis.

— **Das Substanzvermögen der Stadt Posen betrug Ende v. J.** 366,346 Tblr., wovon 127,354 Tblr. Meierbonds der Gasanstalt, 116,811 Tblr. Abtheilungsbonds, 70,772 Tblr. Hauptarmenbonds, 22,321 Tblr. Waisenbonds, 17,165 Tblr. Rumpf'scher Fonds, 6785 Tblr. Waisenbonds, 2680 Tblr. Verschönerungsbonds, 1325 Tblr. Meierbonds der Gasanstalt, 1133 Tblr. Schneider'scher Stiftungsbonds. Von diesem Gesamtvermögen waren angelegt: zu 5 pEt. 176,268 Tblr. in Posener Provinzial-Obligationen, Posener Stadtoobligationen, diversen Kreisobligationen, Hypotheken; zu 4 pEt. 187,200 Tblr. in Posener Rentenbonds, Pfandbonds, Stadtoobligationen; 2877 Tblr. baar. Die Schulden der Stadt Posen betrugen Ende 1873: 1) an Stadtoobligationen: von dem Jahre 1853: 140,000 Tblr., vom Jahre 1857: 100,000 Tblr., vom Jahre 1865: 160,000 Tblr.; davon waren Ende 1873 noch im Umlauf: 25330 Tblr.; 2) an Hypotheken 5265 Tblr.; Summa der Schulden also 260585 Tblr. Diese Schulden sind bereits zum größten Theil mittels des Darlehens aus dem Reichsinvalidenbonds getilgt worden, und erfolgt die Tilgung der letzten Quote zum 1. Januar 1875, indem zu diesem Termine sämtliche Posener Stadtoobligationen den Inhabern gelündigt sind, und die Verzinsung von da ab aufhört. — Die städtischen Einnahmen ergeben, nach dem Resultate zu schließen, welches bis zum 15. November d. J. erzielt war, in diesem Jahre ein Mehr von 9384 Tblr. über den aufgestellten Etat von 215,157 Tblr. und zwar: 6334 Tblr. mehr an städtischen Abgaben (9000 Tblr. mehr an Einkommensteuer, dagegen 2757 Tblr. weniger an Einnahme aus der Mabl- und Schlachtsteuer etc.), 1200 Tblr. mehr an Erstattungen, 1020 Tblr. mehr an Sporteln u. Polizeistrafen etc. Dagegen werden die städtischen Ausgaben 11,897 Tblr. mehr betragen, als im Etat aufgestellt waren; und zwar 12,200 Tblr. mehr ad Extraordinaria, 2000 Tblr. mehr zur Strafreinigung, 1880 Tblr. mehr zur Unterhaltung der Schulen, 1445 Tblr. mehr zu politischen Zwecken, 1240 Tblr. mehr zu rathshauslichen Bedürfnissen etc.; dagegen 5765 Tblr. weniger zur Unterhaltung der Stadtmöbeln, 1540 Tblr. weniger zu Befoldungen etc. Der Ausgabe von 227,054 Tblr. steht somit eine Einnahme von 224,541 Tblr. gegenüber, so daß 2513 Tblr. ungedeckt bleiben. Erfolgt die Deckung dieser Mehrausgabe aus dem aus Vorjahren übernommenen Bestande der Kammerverwaltung in Höhe von 19,584 Tblr., so wird der ins Jahr 1875 zu übernehmende Bestand sich auf ca. 17,071 Tblr. stellen.

— **Der städtische Marktplatz** in Posen ist in dem Hofe des Schlosses am 7. und 8. November d. J. von der Verwaltung der städtischen Verwaltung, eines nachweise benutzte Grundstück auch ferner noch zu benutzen, schenkt ein Projekt des Marktplatzes der Stiftung, des hiesigen Propstes ad Sanctam Mariam Magdalenenam gegen die Stadtgemeinde, welche in erster Instanz zur Räumung des Grundstücks verpflichtet ist. Der Magistrat hat gegen dies Erkenntnis den Instanzgeweg beschritten. — Da der Magistrat beabsichtigt ist, die jetzt in verschiedenen Theilen der Stadt zerstreute ältere Verwaltung (Stadtschultheiß, Bauhof, Kammerhof, Feuerlöschwesen etc.) mit dem Marktplatz auf einem Punkte möglichst inmitten der Stadt zu konzentriren, und zu diesem Zwecke ein geeignetes und geräumiges Grundstück in der Nähe des Rathhauses zu erwerben, so hatte er sein Auge auf das Kloster-Grundstück an der Bronerstraße als geeignet zu dem angegebenen Zwecke geworfen, vermochte jedoch den f. Militär-fiskus nur dazu, die mit dem städtischen Kammerhof grenzende Spitze des Klostergrundstücks zur bessern, für die Marktplatz-zwecke jedoch nicht ausreichenden Arrondierung des angrenzenden Kammerhofes im Wege des Tausches (gegen Terrain zwischen der St. Martins-, St. Ritter- und Wallstraße) abzutreten. Der Magistrat beabsichtigte alsdann, das Kloster-Grundstück an der Bronerstraße, welches an den Kammerhof angrenzt, zu dem angegebenen Zwecke für die Stadt zu erwerben; doch wurde ein darauf bezüglicher Antrag von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt. Vielmehr ließe sich das jetzige Grundstück der Bürgerschule (auf der Breslauerstraße) zu dem angegebenen Zwecke verwenden, falls nämlich für die Bürgerschule, wie der Magistrat beabsichtigt, ein neues Schulhaus in der Mittelstadt errichtet, und dadurch jenes Grundstück auf der Breslauerstraße disponibel würde.

— **An der Realschule** wird gegenwärtig der evangelische Religionsunterricht vom Diakon Bittina (an der Petrikirche), und der jüdische Religionsunterricht von Dr. phil. Mar Landsberg erteilt. Katholischer Religionsunterricht findet bekanntlich an der Anstalt seit etwa 1½ Jahren nicht mehr statt.

— **Auf der königlichen Bank** wurde am 11. d. M. eine falsche 1. Banknote von 10 Tblr. angehalten.

— **Verhaftung.** Gestern wurde in Glogno ein am Saul'schen Tischblatt habetigter Arbeiter verhaftet, dem vor einiger Zeit eine bedeutende Menge von Wertpapieren abgenommen worden sind. Verhaftet wurde hier ein Junge, welcher in Kofryn eine Summe Geldes entwendet hatte.

— **Der Kürschner der Kgl. Ostbahn.** Der Kürschner der Ostbahn in verhaftet worden. Ueber diese etwas seltsam klingende Notiz erzählt der „Börs.-Kour.“ folgende nähere Details: Auf dem Bahnhof in Bromberg ist ein Kürschner beschäftigt, welcher die für das Fahrpersonal nötigen Beize in Ordnung zu halten hat. Sein Geschäft ist ein ziemlich einträgliches, denn er arbeitet mit wanzig Gefellen. Das zu verarbeitende Material wird ihm geliefert: seine Einnahme ernährt daher schon immerhin seinen Mann. Es fiel aber doch auf, daß der betreffende Kürschner in kurzer Zeit ein reicher Mann wurde, sich mehrere Häuser kaufte und die mit palastähnlichen Gebäuden behaute. Eine bei ihm, resp. in seiner Wohnung abgehaltene Haussehung hat gegen 600 Beize, resp. Beize, welche der Bahn gehören, zu Tage gefördert. Die gerichtliche Untersuchung wird wohl noch mehr Licht in dieser Angelegenheit verbreiten.

— **Neustadt b. B.** 13. Dezember. [Stadtverordnetenwahl.] Die Stadtverordnetenwahl haben hier am 27. November cr. stattgefunden und es sind in der dritten Abtheilung der Apotheke Lohde, in der zweiten die Kaufleute Paul Riegel und Herrmann Eohn und in der ersten der Rentier Fidor Pöber gewählt worden. Die Wahl der ersten Abtheilung ist aber, wegen eines vorgekommenen Formfehlers annullirt worden und es hat bereits am 11. d. M. eine Neuwahl stattgefunden, in welcher der bisherige Vertreter dieser Abtheilung, der Kaufmann J. Goldstein, wiedergewählt worden ist.



— A — **Schoffen, 13. Dezember.** [Landwehrverein.] In der Generalversammlung des Landwehrvereins am 6. d. erstattete zunächst der Vorsitzende Bericht über die Thätigkeit und Erfolge des Vereins im ersten Jahre seines Bestehens. Ferner betonte, daß sich trotz der Apatationen ultramontaner gestandener Personen der Verein zu erfreuen an der Höhe aufgeschwungen hat. Nach Mitteilung einiger den Verein betreffenden Angelegenheiten wurde zur Wahl des Vorstandes für das Jahr 1875 geschritten. Der Vorsitzende, sowie die meisten bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. In warmen Worten sprach darauf ein Mitglied des Vereins dem Vorsitzenden, Lieutenant Dreher, dem Gründer und unermüdeten Pfleger des Vereins, den Dank der Kameraden aus.

— r. **Wollstein, 12. Dezember.** [Vorträge. Ein Regierungs-Beschreibung.] Zur bevorstehenden Abgeordneten-Wahl. Ernennung.] In der gestrigen Versammlung unseres Fortbildungsvereins hielt Lehrer Bömer einen Vortrag über die beiden ersten Perioden des 30-jährigen Krieges (den böhmisch-pfälzischen und den dänisch-niederländischen) und die Büreauvorsitzer Melbach über die Ursachen der Mondstöße und die Entstehung der Jahreszeiten. — Es lag von hier aus in Folge eines speziellen Falles der k. Regierung zu Bosen die Entscheidung vor, ob ein Stadtverordneter, der während seiner Wahlperiode ins Ausland getreten und demzufolge nicht mehr verpflichtet ist Gemeindegeldern zu zahlen, aus der Versammlung ausgeschlossen müsse. Die k. Regierung entschied dieser Tage dahin, daß ein solcher Stadtverordneter hierdurch das Bürgerrecht nicht verliere, und daher bis zum Ablauf seiner Wahl als Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung fungieren darf. — Die Ergänzungswahlen für die in unserer Wahlkreise — Bonst-Meseritz — fehlenden Wahlmänner hat die k. Regierung auf den 4. Januar f. festgesetzt. Einige Tage später dürfte also die Abgeordnetenwahl für den Minister Dr. Friedenthal in Bonst stattfinden. — Herr Kreissekretär Spornberger von hier, der seit mehreren Monaten bereits die hiesige Kreissteuerkasse verwaltete, ist nunmehr definitiv zum Kreissteuerbeamten ernannt worden.

**E. Bromberg, 13. Dezember.** [Gehalts-erhöhungen der befohlenen Magistratsmitglieder und Beamten.] Aus der Stadtverordneten-Sitzung. Jüdischer Religions-Unterricht. Miska Häuser. Dr. Brehm. Weihnachts-geschäfte.] In der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung wurde bei Gelegenheit der Beratung des Kammer-Etats bei dem Titel Befolgungen, die vom Magistrat für seine Beamten beantragten Gehalts-erhöhungen für das Jahr 1875 durchweg genehmigt. Darnach erhalten unser Oberbürgermeister Boie eine Zulage von 300 Thlr., die Stadträte Wende und Buchsint je 200 Thlr., Stadtbaurath Gruber 150 Thlr., die Kassenbeamten je 100 Thaler und die anderen Bureaubeamten je 50 Thaler. — Schimmer kamen die hiesigen Elementar-Lehrer fort, welche in einer Petition, um eine Aufbesserung ihrer Gehälter in den Grenzen von 300 bis 700 Thlr. mit dem entsprechenden Durchschnittsgehalte von 500 Thlr. gebeten haben. Einige Stadtverordnete bekämpften diese Petition, da den Lehrern erst neulich eine „Municipal“ von 1450 Thlr. durch welche Summe nur ein Durchschnittsgehalt von 450 Thlr. erzielt wird, gewährt worden sei. Dagegen wies der Stadtverordnete und Landtagsabgeordneter v. Magajinski auf die besser situierten Magistratsbeamten hin, deren Befolgungen in kurzer Zeit um 50 Prozent verbessert worden seien. So betrugen die Befolgungen im Jahre 1870 12,750 Thlr. und für dieses Jahr seien 30,742 Thlr. etatirt. Von anderer Seite wurde auf die ohnedies hohen Steuern, welche ohne für die Bevölkerung drückend zu werden, nicht noch mehr erhöht werden könnten, aufmerksam gemacht. Die Versammlung beschloß mit großer Majorität über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. In der selben Sitzung wurde auch für einen Standesbeamten, da Oberbürgermeister Boie dies Amt nicht mehr verwaltet, eine Remuneration von 400 Thlrn. jährlich bewilligt. — In der letzten Magistrats-Sitzung kam u. A. auch der Antrag eines Stadtverordneten und Mitgliedes der jüd. Korporation wegen Ertheilung des jüdischen Religions-unterrichts an der städtischen Realschule zur Beratung. Wie ich erfahre, hat der Magistrat beschlossen diesem Verlangen nachzugeben und eine Summe von 1000 Thlrn. ausgesetzt, aber unter der Bedingung, daß dieser Unterricht der Hübner Dr. Geppert ertheilt. Hierdurch wird jedoch der ganze Schulung-Aufwand, da Dr. Geppert diesen Unterricht nicht ertheilen wird. — Ein besonderer Kunstgenuss steht uns morgen bevor, indem der berühmte Violin-Virtuose Miska Häuser in der Aula der Realschule ein Konzert geben wird. — Am 20. und 21. d. M. beabsichtigt der rühmlichst bekannte naturwissenschaftliche Reisende Dr. Brehm in Bromberg zwei Vorträge zu halten. — Wir befinden uns zwar inmitten der Weihnachtszeit. Die Geschäftsleute klagen jedoch im Allgemeinen über allzu große Geschäftstille. Damit wir aber doch ein wenig an Berlin oder sonst eine Großstadt erinnert werden, veranlaßt Direktor Hagad im Pöcher'schen Etablissement eine Weihnachts-ausstellung. Dieselbe soll im Laufe der Woche eröffnet werden.

**Lobos, 11. Dezember.** [Verkommenheit. Seltener Fund.] Wenn auch der Germanismus in hiesiger Gegend sich überall in großem Maße entwidelt hat, so ist doch eine Ortschaft in dem alten polnischen Zustande verblieben; es ist dies das Dorf Topolla. Von den Häusern, aus der urpolnischen Zeit herrührend, liegen einige schon h. zum ersten Riegel in der Erde. Das rührt daher, weil die Bewohner die Gewohnheit haben, den Dächer aus den Ställen, den Rehricht und sonstigen Abgang auf die Straße zu bringen. So kommt es, daß sich an den Häusern schon ganze Berge von verwehrem Müll und Duna befinden, so daß es aussieht, als ob die Häuser so tief gesunken wären. Aus diesen Höhlen grinsen die schlecht gekleideten Bewohner durch die mit Schmutz bedeckten kleinen Fenster-geuben. Nicht an die Häuser lehnen sich die Ställe, ebenfalls mit der Hauptfront nach der Straße gerichtet, aus einer jüngeren Zeit herkommend; hier liegt der Dächer in noch größerer Unruhe, so daß die ganze Straße endlich eine Düngrinne wird. Die Lage des Dorfes ist an und für sich schon eine sehr niedrige, tritt nun gar Regenwetter ein, so ist die Dorfstraße einem grundlosen Moorbrüche ähnlich, und wer Gelegenheit hat, dann Topolla zu passieren, dem muß es unerklärlich erscheinen, wie man so von einer Wohnung zur andern gelangen kann. Es wäre wünschenswert, wenn die Polizeibehörde hier endlich einschreiten möchte. — Auf der Feldmark Saxaren wurde beim Sandgraben 3 Fuß tief in der Erde eine Kanonenkugel von 11 Pfund Gewicht aufgefunden. Wahrscheinlich rührt dieselbe von dem schwedisch-polnischen Kriege her. (Br. 3.)

#### Giant- und Volkswirtschaft.

**Die Eröffnung der Bahnstrecke von Camenz nach Giesmannsdorf** wird, wie der „Schles. Bzt.“ aus Frankfurt gemeldet wird, schon am 20. dieses Monats stattfinden. Der Bahnkörper ist vollständig fertiggestellt und die noch auszuführenden letzten Bauarbeiten an den drei Stationsgebäuden u. s. w. dürfen durch verdoppelte Tag und Nacht fortgesetzt werden bis zum bezeichneten Termin ihrer Vollendung entgegengeführt werden.

**Thüringer Bankverein.** Der Massenverwalter theilt dem „Bzt.“ über die zur Verteilung kommenden Beträge folgende authentische Daten mit, durch welche sich frühere von uns dem „Bzt.“ Tagbl.“ entnommenen Biffern korrigieren. Auf die jetzt noch konkurrierenden 1710 450 Thlr. anerkannten Forderungen kommen, nachdem schon am 28. Mai a. c. 10 Prozent Verzicht auf Auszahlung gelanget, wiederum 4 Prozent (nicht 5 Prozent) zur Verteilung, wozu am 28. Dezember a. c. Termin ansetzt. Die Schlussverteilung dürfte, in Berücksichtigung der vielen noch schwebenden ziemlich schwierigen Prozesse und der Mittheilung bei anderen Konkursen, erst im Verlauf von 1-1½ Jahren vor sich geben, dabei aber höchstens noch auf eine Verteilung von 1½ Prozent (nicht 10 Prozent) zu rechnen sein. Das stimmt allerdings wesentlich anders, aber recht glaubhaft!

**Regio 120-Granc-Loose von 1870.** Verloofung vom 1. Dezember 1874. Auszahlung vom 1. März 1875 ab. Hauptabnahme: Nr. 72066 a 25,000 Fr. Nr. 75851 89508 a 500 Fr. Nr. 2562 107059 a 400 Fr. Nr. 35903 57924 63932 a 250 Fr.

**Buenos-Ayres, 14. Novbr.** (Von Sievers & Meyer.) Wollmarkt: Lebhaft. Vorrath 10,000 Arroben. Notirung für Supramoll 95 Doll., do. für Bonne moyenne 85 Doll. Zufuhren der letzten 14 Tage 160,000 Arroben. Verschiffung nach Bremen seit letzter Post —, do. im Allgemeinen seit letzter Post 1000 Ballen. Totalverschiffung seit Beginn der Saison 195,000 Ballen. Fracht für Woll (pr. Segler) 25 Sh. Preis für Salzhäute nominell. Schlachtungen der letzten vierzehn Tage —. Verschiffung von Salzhäuten nach dem Kanal, nach England direct, und dem Kontinent seit letzter Post 6000 Stück. Fracht für Salzhäute (pr. Segler) nominell. Notirung für Talg (Schiff-talg in Pipen) nominell, für trockene Häute 60 Realen. Cours auf London 49½ D.

#### Ver mis ch t e s.

**Breslau, 13. Dez.** [Herr v. Nordenskiöld. Dr. Krätzig und Graf v. Frankenberg.] Herr v. Nordenskiöld hat Breslau bereits verlassen und ist nach Dresden gereist, wo er mit seiner Familie zunächst Wohnung zu nehmen gedenkt. Jedoch wird er noch-mals hierher zurückkehren, da er sich von den Beamten der Regierung noch nicht verabschiedet hat. Der Besuch des Fürstbischöflichen Hofes von Herrn v. Nordenskiöld durch einen fast einjährigen Gegenbesuch erwidert worden. Erst jetzt tritt die Intimität des zur Disposition gestellten Herrn mit dem Klerus recht zu Tage. Die ultramontane Presse der ganzen Provinz, darunter auch das „Schlesische Kirchenblatt“, fließt über in warmer Sympathie für den Scheidenden und rühmt ihm nach, daß er durch eine milde Praxis bei Ausführung der Maßregeln „die Konflikte möglichst vermeiden und die schlimmen Folgen der Geleise beschränkt habe.“ Im hirscherberger Thale scheint die ultramontane Partei einen Sieg errungen zu haben, indem der Majoratsbesitzer Graf Leopold v. Schaffgotsch den ehemaligen katholischen Ministerial-Direktor Dr. Krätzig an Stelle des inkassierten Herrn v. Berger zu seinem Kameral-Direktor ernannt hat. Herr Krätzig war in enger Wahl mit dem Rittermeister a. D. Grafen v. Frankenberg auf Hubers-dorf, der letztere hat aber als reichsteurer Katholik dem klerikalen Kandidaten weichen müssen.

**Weterburg, 14. Dezember.** Ueber die Beobachtung des Venusdurchganges am 9. d. auf den russischen Stationen liegen jetzt weitere Meldungen vor. Danach sind in Petersburg drei Kontakte beobachtet und acht Durchmesser sowie dreifig Abstände am Heliumeter gemessen worden. In Teheran sind die Beobachtungen vollkommen gelungen. Auch in Theben (Egypten), wo die Witterungs-verhältnisse besonders günstig waren, haben dieselben den besten Verlauf genommen und zu sehr befriedigenden Resultaten geführt. — In Kischta und in Pissiet wurden mit Erfolg photographische Aufnahmen ausgeführt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Basner in Bosen.

#### Angekommene fremde vom 15. Dezember.

**TILSNER'S HOTEL GARNI.** Die Gutsbesitzer v. Kocorowski a. Polen, v. Jamoraki a. Gnesen, Niemietzki a. Lemberg, die Kaufleute Wolff aus Dresden, Cohn aus Leipzig, S. Leypold aus Würzburg, Schäfers aus Breslau, Paulini a. Oderberg i. Schl., Peiser a. Samter, Voery a. Breslau.

**LEHN'S HOTEL DE EUROPE.** Die Kaufleute Gebr. Jastrow a. Hamburg, Schlesinger a. Stettin, Bohrmann a. Leipzig, Gutsbes. Elowinski a. Polen, Rentier Gajdoszewski a. Warschau.

**GRANTZ HOTEL ZUM WÄRTSCHEN HAUSE** vorm. KRUG'S. Geometer Fehn a. Tarnowic, Gutsbesitzer Wonnkopf a. Klonen, Böttchermeister Kern a. Strehlen, die Kaufl. Puppe a. Landsberg, Hauptert a. Stettin, Winkler a. Pleschen.

**MYLIUS HOTEL DE PRESSE.** Die Rittergutsbesitzer Funk a. Rokietnica, Frau Behel a. Juchowo, Behel und Frau o. Obersicht, Jacobi u. Frau a. Tarnowic, Schneider a. Rembom, Frau Gräfin v. Tarnowic und Familie a. Sappemo, Frau Amtsräthin Felsch a. Rudowice, Student v. Polcewicz a. Breslau, die Kaufl. Sander a. Bielefeld, Borchke a. Breslau, Zimmermann a. Gießen, Lohbed, Tzeme a. Berlin.

**HOTEL DE PARIS.** Bürger Rumoci a. Polen, die Rittergutsbesitzer v. Wesserski a. Wojewo, Tomaszewski a. Macanik, Budzynski a. Tulce, Mechaniker Schütz a. Frankfurt a. M., die Kaufl. Mendelsohn a. Schroda, Ehrlich a. Schroda, Wortmann a. Guben, Raphael a. Schroda.

**C. SCHARFFENBERG'S HOTEL.** Rittermeister Hundrich aus Berlin, Rittergutsbesitzer Herrmann a. Solotnik, Gutsbesitzer Maiche a. Dombrowke, die Kaufl. Unger, Tressing u. Frau a. Neutomschel, Adam aus Borek, Richter aus Breslau, Cohn aus Berlin, Müller a. Berlin.

**SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG.** Dekonom Wacjanski a. Bul, Dekonom Bloch a. Wilkow, Inspektor Dirsch und Frau a. Karshof, Cand. med. Tomaszewski a. Scharfenort, Postsekretär Gladis a. Halle a. S., die Kaufl. Pischel a. Krottschin, Klees und Frau a. Berlin, Horwig a. Olsrowo.

**KELLER'S HOTEL.** Die Kaufleute Tuch a. Breslau, Davidsohn a. Ketto, Tobias a. Schönlanke, Rauchwig a. Landsberg a. W., Frau Lippmann a. Binne, Zimmer a. Birnbaum, Lemisohn a. Janowic, v. Unruh u. Frau a. Bogdanowo, Lessler, Goslner a. Rogasen, Ledermann, Bid a. Grätz.

#### Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

**Bern, 15. Dezember.** Der Nationalrath erklärte mit 79 gegen 37 Stimmen den Bund für kompetent zur Aufstellung der gesetzgeberischen Vorschriften, betreffend die Eheschließung.

**Versailles, 15. Dezember.** (Nationalversammlung.) Der Minister des Innern verleiht auf eine Anfrage Francin's die baldige Einbringung des Preßgesetzes. Zwischen dem rechten Centrum und der äußersten Rechten finden Verhandlungen betreffs eines Einverständnisses statt. — Die Attentats- und dem Animpfprozess rufen in politischen Kreisen den größten Eindruck hervor.

**Bayonne, 15. Dezember.** Die spanischen Regierungstruppen kantonieren bei Renteria, Gerhan und San Sebastian. Die Wiederherstellung Lomas ist nach Ansprache der Aerzte bereits in acht Tagen zu erwarten. Der Neffe Serrano's, Caro, Adjutant Blanco's, ist gestorben.

Das der Deutschen Transatlantischen Dampfschiff-fahrts-Gesellschaft (Adler-Linie) in Hamburg gebörende Post-Dampfschiff „Lefling“, Kapitän Jochims, trat am 10. Dezember seine vierte diesjährige Reise mit 85 Passagieren — worunter 15 Kaiser-Bassagiere — sowie mit Post und voller Ladung von Hamburg direct ohne Zwischenhäfen anzulaufen nach Newyork an.

Das der Deutschen Transatlantischen Dampfschiff-fahrts-Gesellschaft (Adler-Linie) in Hamburg gebörende Post-Dampfschiff „Schiller“, Kapitän Thomas, welches am 26. Novbr. von hier expedirt und am 27. Novbr. Mittags 12 Uhr in See gegangen, ist nach einer Reise von 11 Tagen 14 Stunden am Mittwoch, den 9. Dezember, Morgens 7 Uhr, wohlbehalten in Newyork angekommen.

Wie uns mitgetheilt wird, liegen der vor Kurzem von mehreren Vätern gebachten Notiz über angeblich zwischen der Deutschen Transatlantischen Dampfschiff-fahrts-Gesellschaft — Adlerlinie — zu Hamburg und der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt Aktien-Gesell-

schaft stattgefundene Verhandlungen bezüglich Ankaufs der Schiffe der ersteren durch die letztere Tendenzen zu Grunde, die darauf bedacht sind, der jungen Linie zu schaden, und die daher nur von neidischer Seite ausgegangen sein kann. Die Sache soll pure aus der Luft gegriffen sein.

#### Ankunft der Eisenbahnzüge.

1. November 1874.

##### Kreuz-Bosen.

Personenzug	Klasse	1-4.	4	Uhr	56	Minuten	Morgens,
Gemischter Zug		2-4.	8		11		Borm.
Personenzug		1-3.	3		55		Nachm.
Gemischter Zug		2-4.	9		27		Abends

##### Breslau-Bosen.

Personenzug	Klasse	1-4.	8	Uhr	39	Minuten	Borm.
(von Lissa)		1-4.	11		4		Borm.
Personenzug		1-3.	3		39		Nachm.
Personenzug		1-4.	10		47		Abends

##### Bromberg, Thorn-Bosen.

Gemischter Zug	Klasse	1-4.	7	Uhr	29	Minuten	Borm.
(von Gnesen)		1-3.	10		19		Borm.
Gemischter und		1-4.	3		24		Nachm.
Personenzug		1-4.	10		14		Abends

##### Frankfurt a. O., Guben-Bosen.

Personenzug	Klasse	1-4.	10	Uhr	25	Minuten	Borm.
Personenzug		1-3.	2		12		Nachm.
Personenzug		1-3.	5		58		Nachm.
Personenzug		1-4.	10		52		Abends

#### Abfahrt der Eisenbahnzüge.

1. November 1874.

##### Bosen-Kreuz.

Gemischter Zug	Klasse	2-4.	5	Uhr	45	Minuten	Morgens.
Personenzug		1-3.	11		12		Borm.
Gemischter Zug		2-4.	6		55		Abends
Personenzug		1-4.	11		31		Abends

##### Bosen-Breslau.

Personenzug	Klasse	1-4.	5	Uhr	4	Minuten	Morgens.
Personenzug		1-3.	11		49		Borm.
Personenzug		1-4.	4		4		Nachm.
Personenzug		1-4.	7		5		Abends

##### Bosen, Bromberg-Thorn.

Personenzug	Klasse	1-4.	5	Uhr	15	Minuten	Morgens.
Gemischter Zug		1-4.	11		30		Borm.
Personen- und		1-3.	4		10		Nachm.
Gemischter Zug		1-4.	8		—		Abends

##### Bosen, Frankfurt-Guben.

Personenzug	Klasse	1-4.	5	Uhr	3	Minuten	Morgens.
Personenzug		1-3.	10		39		Borm.
Personenzug		1-4.	3		59		Nachm.
Gemischter Zug		2-4.	7		54		Abends

#### Telegraphische Börsenberichte.

**Breslau, 14. Dezbr.,** Nachmittags. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 100 pSt. pr. Dezember 18½, pr. April-Mai 56 Mt. 30 Pf. Weizen pr. April-Mai 185 Mt. Roggen pr. Dezember 52½, pr. April-Mai 149 Mt. Rüböl pr. Dezbr. 17½, pr. April-Mai 55½ Mt., pr. Juni-Juli 56½ Mt. — Zinf 22 Mt. 40 Pf. bez. — Wetter: Trübe.

**Bremen, 14. Dezember.** Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 10 Mt. 70 Pf. fest.

**Hamburg, 14. Dez.** Getreidemarkt. Weizen loco unverändert, auf Termine ruhig. Roggen loco fest, auf Termine ruhig. Weizen 126-pSt. pr. Dez. 1000 Kilo netto 186 B., 184 G., pr. Dezember-Januar 1000 Kilo netto 186 B., 184 G., pr. Jan.-Febr. 1000 Kilo netto 189 B., 187 G., April-Mai 1000 Kilo netto 192 B., 191 G. — Roggen pr. Dezember 1000 Kilo netto 165 B., 164 G., pr. Dezember-Januar 1000 Kilo netto 164 B., 163 G., pr. Jan.-Februar 1000 Kilo netto 162 B., 161 G., April-Mai 1000 Kilo netto 154 B., 153 G. Hafer fest. Gerste fest. Rüböl matt, loco und pr. Dezember 56, pr. Mai pr. 200 Bld. 57. Spiritus ruhig, pr. Dezember 44, Febr.-März 45, pr. April-Mai 45½, Mai-Juni pr. 100 L. 100 pSt. 46½. Raffee geschäftlos. Umsatz 1000 Sad. Petroleum still. Standard white loco 10, 70 B., 10, 60 G., pr. Dezember 10, 60 Gd., pr. Januar-März 10, 60 Gd., pr. Aug.-Dezember 11, 90 G. Wetter: Schnee.

**Köln, 14. Dezember, Nachmittags 1 Uhr.** (Getreidemarkt.) Wetter: Gelinde. Weizen behauptet, hiesiger loco 6, 25, fremder loco 6, 15, pr. März 19 Mt. 25 Pf., pr. Mai 19 Mt. 15 Pf. Roggen fest, hiesiger loco 6, 7½, pr. März 15 Mt. 30 Pf., pr. Mai 15 Mt. 05 Pf. Hafer fest, loco 6, 20, pr. März 18 Mt. 50 Pf., pr. Mai 18 Mt. 25 Pf. Rüböl still, loco 9½, pr. Mai 31 Mt. 10 Pf.

**Liverpool, 14. Dezember, Nachmittags.** Baumwolle (Schlußbericht). Umsatz 10,000 B., davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Billiger. Verschiffungen ½ niedriger.

Middl. Orleans 7½, middling american 7½, fair Dhollerah 4½, middl. fair Dhollerah 4½, good middling Dhollerah 4, middl. Dhollerah 3½, fair Bengal 4½, fair Broad 5, new fair Domra 5, good fair Domra 5½, fair Madras 4½, fair Pernam 7½, fair Smyrna 6½, fair Egyptian 8½.

**Antwerpen, 14. Dezember, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten.** Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen ruhig, dan. — Roggen behauptet, Petersburg —. Doffa 18½. Hafer nachgebend. Gerste ruhig, Doffa 17½.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 26 B. u. B., pr. Dezember 25½ B., 26 B., pr. Januar 25½ B., pr. Februar 25½ B., pr. Januar-März 25½ B. fest.

**Amsterdam, 14. Dezbr., Nachm.** Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen loco geschäftlos, pr. März 278, pr. Mai —. Roggen loco unverändert, pr. März 189½, pr. Mai 185½. Raps pr. Frühjahr 358, pr. Herbst 370 B. Rüböl loco 32, pr. Frühjahr 33½, pr. Herbst 35½. — Wetter: Regent.

**Paris, 14. Dezember, Nachmittags.** (Produktenmarkt.) Weizen ruhig, pr. Dezember 25, 50, pr. Januar-Febr. 25, 50, pr. Januar-April 25, 50, März-Juni 25, 75. Mehl ruhig, pr. Dezember 53, 75, Jan.-Febr. 53, 25, pr. Januar-April 53, 25, pr. März-Juni 54, 50. Rüböl ruhig, pr. Dez. 74, 00, pr. Jan. 75, 25, Januar-April 76, 50, pr. Mai-August 77, 75. Spiritus ruhig, pr. Dezember 53, 25, Mai-August 56, 25. — Wetter: Bedeckt.

**London, 14. Dezember, Nachmittags.** Getreidemarkt (Schlußbericht). Der Markt schloß für sämtliche Getreidearten stetig. — Wetter: Schön.

**London, 14. Dezember, Vormittags.** Die Getreidezufuhren vom 5. bis zum 11. Dezember betrugen: Englischer Weizen 5447, fremder 7934, englische Gerste 2821, fremde 13258, englische Malzgerste 22,904, fremde —, englischer Hafer 537, fremder 16567. Englische Mehl 21,859 Sad, fremdes 615 Sad und 1866 Faf.

**Glasgow, 14. Dezember.** Robeisen. Mixed numbers warrant 85 Sh. 3 d.



Druck und Verlag von W. Decker u. Comp. (E. Höfke) in Posen.